

Cham geht von schwarzen Zahlen aus

Die Einwohnergemeinde rechnet auch 2022 mit einem ausgeglichenen Budget

Bei einem Aufwand von 98,3 Millionen Franken erwartet die Gemeinde Cham im nächsten Jahr einen Überschuss von rund 103'000 Franken. Dies trotz tieferen Erträgen aus dem kantonalen Finanzausgleich und höheren Ausgaben, die aufgrund des Wachstums der Gemeinde notwendig werden.

Trotz schwieriger Ausgangslage sieht das Budget 2022 einen Überschuss von 102'835 Franken vor. Mit 98'434'496 Franken liegt der erwartete Gesamtertrag nur unwesentlich höher als im Vorjahr. Das ist bemerkenswert, weil im nächsten Jahr der Chamer Anteil am kantonalen Finanzausgleich um 4,2 Millionen Franken tiefer ausfallen wird. Voraussichtlich kann dies jedoch durch höhere Steuererträge ausgeglichen werden.

Bei den natürlichen Personen sind 1,9 Millionen, bei den juristischen Personen 2,9 Millionen Franken Mehreinnahmen zu erwarten. Die Ausfälle aus AHV- und Steuerreform, wie etwa höhere Abzüge, werden somit durch die laufende Entwicklung kompensiert. Rund 300'000 Franken Mehreinnahmen ergeben sich zudem durch voraussichtlich höhere Kantonsbeiträge an die gemeindlichen Schulen.

«Dass Cham auch im Jahr 2022 mit schwarzen Zahlen rechnen kann, ist äusserst erfreulich», sagt Gemeindepäsident Georges Helfenstein. «Wir dürfen uns glücklich schätzen, dass sich die Chamer Wirtschaft positiv entwickelt und wir unsere essenziellen gemeindlichen Aufgaben weiterhin und angepasst an die vorhandenen Bedürfnisse und die laufende Entwicklung wahrnehmen können.»

Wachstum der Gemeinde bedingt grösseren Aufwand

Der Aufwand von insgesamt 98'331'661 Franken ist 0,4 Prozent, also rund 400'000 Franken höher als im Budget 2021. Bei den Personal-



Die Gemeinde wächst: Cham aus der Vogelperspektive.

Foto: Archiv Zuger Woche

kosten wird mit einer Steigerung von 1 Million Franken gerechnet. Einerseits sind aufgrund des baulichen Wachstums zusätzliche Stellenprozente für Raumplanung und Liegenschaften erforderlich. Andererseits wirkt sich die wachsende Zahl der Schulklassen auf die Lohnsumme der Lehrkräfte aus. Der übrige Sach- und Betriebsaufwand der Gemeindeverwaltung steigt um 730'000 Franken – insbesondere, weil für planerische Aufgaben externe Beraterinnen und Berater beigezogen werden müssen. Geringer fällt dagegen die Einlage in die finanzpolitische Reserve und der Aufwand beim baulichen und betrieblichen Unterhalt aus.

Investitionsbedarf von über 60 Millionen Franken

«Das Wachstum unserer Gemeinde ist sehr erfreulich, erfordert aber trotz zurückhaltender Budgetierung auch die entsprechenden Aufwendungen für die notwendigen Dienstleistungen und Infrastrukturen, beispielsweise für die Schulraumplanung», führt Georges Helfenstein aus. «Obwohl sich die Steuereinnahmen voraussichtlich sehr erfreulich entwickeln, bestehen in

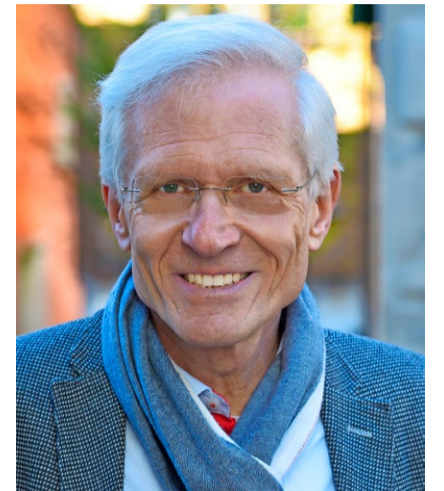
diesem Bereich nach wie vor viele Unsicherheiten.»

Dank dem vorsichtigen finanzpolitischen Vorgehen des Gemeinderates stehen im Moment für die anstehenden Investitionen genügend Mittel zur Verfügung. Für die Jahre 2022 bis 2026 sieht der Investitionsplan Ausgaben in der Höhe von 61,1 Millionen Franken vor. Rund 10 Prozent davon entfallen auf bereits bewilligte Projekte. 29,7 Millionen Franken sind für geplante Schulhausbauten vorgesehen. Daneben sollen Projekte in den Bereichen Verkehr, Sportanlagen und Feuerwehr wie auch beim Werkhof in Angriff genommen werden. Der Selbstfinanzierungsgrad dürfte rund 88,1 Prozent betragen. Die nach wie vor hohe Liquidität der Einwohnergemeinde wird es jedoch ermöglichen, die Investitionen ohne Aufnahme von langfristigen Darlehen zu finanzieren.

«Insgesamt sind die Finanzen der Einwohnergemeinde gesund und die Aussichten positiv», freut sich Georges Helfenstein. «Damit haben wir das nötige Fundament, auch in Zukunft die hohe Lebensqualität in Cham zu sichern und weiterzuentwickeln.» PD

Bei der Cyber-Sicherheit darf man nicht sparen

Im Mai die Gemeinde Rolle und vor kurzem Montreux – Cyberangriffe auf öffentliche Verwaltungen sind real. Ob öffentliche Verwaltung, Unternehmen, Krankenhäuser, Kraftwerke, Wasserversorgung oder Privatpersonen – die Gefahren sind dieselben.



GLP-Kantonsrat Daniel Stadlin. Foto: zvg

Cyber-Terroristen oder -Kriminelle stellen mit ihren zunehmend ausgefeilten Fähigkeiten eine reelle und schwerwiegende Bedrohung dar. Bis vor kurzem bedeutete Cybersecurity im Wesentlichen die Reaktion auf Ereignisse. Entsprechend basierte die Abwehr auf bekannten Bedrohungen. Diese Strategie zeigt aber zusehends weniger Wirkung, sind die neuen Cyberangriffe doch wesentlich raffinierter und lassen sich somit schwerer stoppen. Zudem wird seit Ausbruch der Corona-Pandemie immer mehr Homeoffice eingesetzt, was das Gefahrenpotenzial noch zusätzlich markant erhöht hat.

Spionageversuche, Datenverschlüsselung, Extraktion vertraulicher Informationen, Lahmlegung kritischer Infrastrukturen, Störung des Regierungsbetriebs oder der Eingriff in demokratische Wahlen sind mittlerweile ganz konkrete Gefahren. Fast immer ist das Ziel der Hacker, durch das Einschleusen von Betrugs- und Erpressersoftware die Kontrolle über das fremde Netz zu übernehmen und nur gegen Zahlung von Lösegeld wieder freizugeben. Verschlüsseln die Hacker zudem die Daten und sind diese nicht

in einer zeitnahen Datensicherung eingebunden, führt ein Nichteingehen auf die Forderung zu deren Totalverlust.

Öffentliche Verwaltungen zählen zu beliebten Zielen von Cyber-Attacken, weil da Unmengen an sensiblen Daten sind. Zum Beispiel solche zur Steuerung lebenswichtiger Infrastrukturen oder die Personendaten der allgemeinen Sozialdienste, der Gerichte oder der Steuerveranlagungen. Gelangen diese Informationen in fremde Hände, werden Verwaltungen wie auch Bürgerinnen und Bürger angreif- und erpressbar. Bei der fortschreitenden Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung mit seinen lebenswichtigen Dienstleistungen darf deshalb keinesfalls bei der Cyber-Sicherheit gespart werden – die Auswirkungen wären für uns alle höchst fatal.

Daniel Stadlin, Kantonsrat GLP, Zug

Stabile Finanzen in Menzingen

Die Gemeinde rechnet mit einem Gewinn von 0,2 Millionen Franken.

Das Budget 2022 setzt sich aus positiven und negativen Einflüssen zusammen. Die positiven Fakten: Die Entwicklung bei den Steuererträgen präsentiert sich sowohl im laufenden Jahr 2021 als auch für 2022 erfreulich. Heute ist absehbar, dass sich die Pandemie-Lage finanziell weniger stark bemerkbar macht, als dies vor einem Jahr zu befürchten war. Die prognostizierten Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen lassen eine Steigerung gegenüber Budget 2021 erwarten, nachdem diese Position vor Jahresfrist entsprechend nach unten korrigiert wurde. Bei den Grundstückgewinnsteuern wird ebenfalls mit Mehreinnahmen gerechnet. Negativen Einfluss auf das Budget 2022 nimmt insbesondere der um 0,7 Millionen Franken tiefer ausfallende Beitrag aus dem Zuger Finanzausgleich. Der Personalaufwand steigt durch geplante Stellenerhöhungen in den Bereichen Bauverwaltung und Notariat. Weiterer Mehraufwand entsteht unter anderem durch die zu gewärtigenden Minuszinsen auf Bank- und Postguthaben sowie durch ein neues Alarmierungs- und Evakuierungssystem in den Schulhäusern. Aufgrund der nach wie vor stabilen finanziellen Situation beantragt der Gemeinderat, den Steuerfuss bei 67% einer Einheit zu belassen sowie erneut einen Steuerrabatt von 2% zulasten der Steuerausgleichsreserve zu gewähren.

Die Investitionsrechnung weist eine starke Investitionstätigkeit mit Bruttoausgaben von 7'683'000 Franken aus. Dies entspricht einem Investitionsanteil an den Gesamtausgaben von 24,4%. Die grössten Positionen betreffen das Projekt Schulhaus Finstersee «Sanierung Plus» mit 2,13 Millionen Franken, Strassensanierungen mit total 1,8 Millionen Franken, Ausgaben zur Planung und Umsetzung öffentlicher Bauten mit 1,2 Millionen Franken sowie die zweite Tranche der Darlehensgewährung an die Dorfgenossenschaft Menzingen mit 0,7 Millionen Franken. Die Selbstfinanzierung beträgt 1,5 Millionen Franken, was einem Selbstfinanzierungsgrad von 20% entspricht. Die Gemeinde kann die Finanzierung der Investitionen vollständig aus eigenen Mitteln tätigen.

Tieferer Steuerfuss für das Jahr 2024 geplant

Die mittelfristige Finanzsituation der Gemeinde zeigt sich wieder stabiler als im Vorjahr. Das Investitionsprogramm 2022 – 2026 weist eine starke Investitionstätigkeit auf. In diese Periode fallen als grösste Positionen die Planung und Umsetzung öffentlicher Bauten mit 20,2 Millionen Franken sowie Strassensanierungen mit 7,3 Millionen Franken. Die Verschuldung der Gemeinde wird zunehmen und muss im Auge behalten werden. Jedoch soll dank des hohen Eigenkapitals und des stabilen Finanzhaushalts der heutige Steuerfuss von 67% einer Einheit ab 2024 um 2 Einheiten auf 65% reduziert werden. PD

FDP Unterägeri mit Kandidaten-Duo

Die FDP Unterägeri will weiterhin zwei Sitze im Gemeinderat und das Gemeindepräsidium besetzen.

Für den Ende Jahr zurücktretenden Gemeindepäsidenten Josef Ribary hat die Mitgliederversammlung am 26. Oktober 2021 Manuela Inglin als Gemeinderätin und Fridolin Bossard als Gemeindepäsidenten nominiert.

Fridolin Bossard ist seit 2016 Vorsteher der Abteilung Sicherheit und Dienste. Mit ihm wurde der Gemeinderat vor fünf Jahren verjüngt. Der Achtunddreissigjährige, Dr. rer. publ. HSG und Betriebsleiter der Privatschule Dr. Bossard, hat die Gemeinde bereits in den letzten fünf Jahren geprägt. Wurden doch viele neue Ideen lanciert, und auch die neuen Medien hielten Einzug. Mit Manuela Inglin (51), Versicherungsfachfrau und Finanzplanerin mit eidg. Fachausweis, tritt nicht nur eine beruflich bestens ausgewiesene Dame in den Fokus, sondern



Manuela Inglin und Fridolin Bossard.

Foto: zvg

durch ihre zehnjährige erfolgreiche Tätigkeit als RPK-Mitglied der Gemeinde Unterägeri kommt auch eine Kennerin der Politik und der Verwaltung.

Manuela Inglin ist zudem auch seit 2017 in derselben Funktion bei der katholischen Kirchgemeinde Unterägeri tätig. Für die FDP Die.Libera-

len Unterägeri ist es eine Herzensangelegenheit, endlich auch wieder durch eine Frau vertreten zu sein. Die FDP Die.Liberalen Unterägeri ist überzeugt, mit diesem Duo eine weitsichtige Personalpolitik für die Gemeinde Unterägeri zum Wohl der gesamten Bevölkerung zu betreiben. PD